53. Jahrgang. № 84. Donnerstag, 25. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf. Geschäfts-Anzeigen an der Privatstelle Zeile 20 Pf.; die spaltenlange Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatstelle 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belege werden jedesmal berechnet 20 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Milch-Chocolade No. 600. Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Damen-Lodenkostüme grosse Auswahl, billigste Preise. Jos. Fiechtl aus Tirol, 23 Schlossstrasse 23.

Eine gute Uhr: das beste Geschenk. Solide UHREN v. 8 Mk. an. Neuheiten in mod. Goldwaren. GUST. SMY 10 Moritzstrasse 10 Ecke König Johannstr.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. Beleuchtungs-Gegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Der Ausschuß zur Vorbereitung der Dresdner Steuerreform schlägt in einer Vorlage an die Stadtverordneten u. a. eine Mietsteuer vor.

Geheimer Rat Professor Dr. Zirkel, Direktor des Mineralogischen Instituts und Museums in Leipzig, tritt am 1. Oktober in den Ruhestand.

Kultusminister Dr. Holle hat sein Abschiedsgesuch wiederholt.

Die österreichische Kriegsmarine ist in völlige Kriegsbereitschaft gesetzt worden.

Bei Verlesung der italienischen Thronrede fanden die Ausführungen über die innere Politik lebhafte Zustimmung, die Stellen über die auswärtige Politik wurden mit Stillschweigen aufgenommen.

Die Internationale Konferenz für den Rückkauf der Gotthardbahn ist in Bern zusammengetreten.

Die Kriegsgefahr

ist noch immer nicht geschwunden. In den Kabinetten der europäischen Großmächte wird fieberhaft gearbeitet, um einen rettenden Ausweg in dem Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu finden, aber alles Mühen war bisher vergeblich. Der italienische Vermittlungsvorschlag, der auf sofortige Einberufung einer Konferenz mit eng begrenztem Beratungsprogramm hinauslief und dem man in Wien nicht unsympathisch gegenüberstand, ist endgültig an dem Widerstande Rußlands gescheitert. Was Tittoni nicht geglückt ist, versucht nun in England Sir Edward Grey. Genaues über den englischen Vermittlungsgedanken ist bisher nicht an die Oeffentlichkeit gedrungen, doch soll gutem Vernehmen nach der neue Vorschlag dahin gehen, in Wien die Zusicherung zu erlangen, daß Oesterreich-Ungarn Serbien unter gewissen Voraussetzungen und Bedingungen nicht angreifen werde. Falls dieses Versprechen in Wien gegeben werden sollte, würden die Mächte Serbien dringend anraten, abzurüsten und sich auf diese Weise in klarer und nicht mißzuverstehender Form jedes politischen Anspruches zu begeben. Ob Oesterreich-Ungarn hierauf eingehen kann, wird ganz von der Formel abhängen, die man dem Vorschlag gibt, und von dem Verhalten Serbiens. Inzwischen ist Zeit gewonnen und die Entscheidung um einige Tage hinausgeschoben worden, da Oesterreich-Ungarn die Absendung seines Ultimatums so lange verzögern will, bis die Würfel über die letzte Aktion der Großmächte in Belgrad und in Petersburg gefallen sind.

Man pflegt sonst wohl zu sagen: Zeit gewonnen, alles gewonnen! Ob das in diesem Falle zutreffen wird, ist mehr als zweifelhaft, denn wenn während der letzten Frist nicht ein wesentlicher Umschwung der gesamten verwickelten Lage zum Bessern eintritt, nützt auch keine Verzögerung der Entscheidung. Im Gegenteil, die Serben gewinnen nur noch bessere Gelegenheit, die Waffen zu schärfen und sich auf den kriegerischen Zusammenprall vorzubereiten, bei dem sie nach wie vor auf russische Hilfe rechnen. Auch wenn ihnen von Petersburg aus offiziell abgewinkt worden ist, hoffen sie doch noch auf den „großen slawischen Bruder" und sie werden in dieser Hoffnung bestärkt durch die fortgesetzt provokatorische Sprache eines großen Teiles der russischen Presse gegen Oesterreich-Ungarn und seinen deutschen Verbündeten, sowie durch die zweideutige Haltung der russischen Politik unter der Aegide des Herrn von Iswolski. Wie hier schon des öftern betont, liegt der Schlüssel der kritischen Situation in den Händen Rußlands. Hätte dieses die Serben nicht von Anfang an heimlich ermutigt, hätte es sich nicht fortgesetzt von dem Konzert der anderen europäischen Mächte ostentativ separiert und damit Uneinigkeit gestiftet, so hätte man in Belgrad schon längst klein beigegeben, zumal der serbischen Regierung, je näher die Entscheidung rückt, sichtlich immer bänglicher zumute wird. Es würde Herrn von Iswolski nur ein Wort kosten, um die Serben noch in zwölfter Stunde zur Umkehr zu bewegen. Da Serbien erklärt hat, zwar direkte Verhandlungen mit Wien ablehnen zu müssen, wohl aber sich den Wünschen der Großmächte fügen zu wollen, so brauchte dieser Wunsch nur in einer kategorischen und identischen Form von allen Großmächten (Rußland mit einbegriffen) geäußert werden, und der kritische Punkt wäre überwunden.

Rußland hat das erlösende Wort bis heute nicht gesprochen. Welche Gründe es für sein Verhalten hat, ist nicht klar erkennbar, aber so viel steht fest, daß es auf diese oder jene Weise Oesterreich-Ungarn, seinen alten Rivalen auf dem Balkan, schwächen möchte. Die öffentliche Meinung Europas wird mit allen möglichen offiziösen Verlautbarungen und Auslassungen abgespeist, von denen eine immer dunkler ist wie die andere, und die sich zum Teil gegenseitig aufheben. Was in Wirklichkeit hinter den Kulissen vorgeht, wissen nur die, die bei geschlossenen Türen verhandeln und heimlich die schicksalsschweren Fäden spinnen. Zielen sie auf Krieg oder Frieden? Das ist hier die Frage, über die erst ein späterer Termin authentischen Aufschluß geben wird. Alle Mächte geben vor, den größten, ehrlichsten Willen zur Erhaltung des Friedens zu haben, aber das hindert nicht, daß dieser jetzt doch mit unheimlicher Schnelligkeit seinem Ende zuzurollen scheint. Die ganze Welt, soweit sie unbefangen urteilt, wird Oesterreich-Ungarn das Zeugnis ausstellen müssen, daß es Serbien gegenüber eine wahrhaft himmlische Geduld geübt hat, trotzdem jeder Tag der Verzögerung nur die militärische Position der Serben stärkt, die zu Anfang der Krise mit größter Leichtigkeit hätten zur Raison gebracht werden können. Diese günstigen Chancen hat sich die habsburgische Donaumonarchie entgehen lassen, um — soweit es an ihr liegt — der Sache des europäischen Friedens einen Dienst zu leisten. Während früher ein Krieg mit Serbien bei dessen kläglicher militärischer Rüstung nur sehr kurze Zeit beansprucht hätte, rechnet man heute in maßgebenden Kreisen Wiens bereits mit einer Zeitdauer von etwa sechs Monaten bis zur völligen Niederwerfung des Gegners.

Man wird es deshalb begreiflich finden, daß Oesterreich-Ungarn nun nicht mehr länger zögern will, sondern zur Entscheidung drängt. Wie an anderer Stelle bereits mitgeteilt, soll vielleicht schon heute das Ultimatum in Belgrad überreicht werden, spätestens jedoch mit Ende dieser Woche. Mit Ueberreichung des Ultimatums wird gleichzeitig die Veröffentlichung der Mobilisierungsorder verbunden sein. Generalstab und Kriegsministerium in Wien versehen bekanntlich schon seit einigen Tagen Tag und Nacht einen permanenten Dienst, ebenso die Militärabteilungen der Magistrate in verschiedenen österreichischen und ungarischen Städten. In Serbien sind seit gestern die letzten Reserven mobilisiert worden, und auf beiden Seiten hat der strategische Aufmarsch bereits begonnen. Die Situation steht also auf des Messers Schneide, und eine allgemeine Unruhe, wie sie am Vorabend großer Ereignisse einzutreten pflegt, hat sich aller europäischen Völker bemächtigt. So viel steht fest: Kommt es zum Krieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien, so sitzt ganz Europa auf einem Pulverfaß, dessen Explosion jeden Augenblick befürchtet werden muß, denn an eine dauernde Lokalisierung des Kriegsbrandes glauben nur noch sehr wenige Optimisten. Deshalb ist jeder Tag, der die Entscheidung hinausschiebt und damit die Möglichkeit des friedlichen Ausgleichs verlängert, als ein Gewinn zu begrüßen, und darum sollte sich auch Oesterreich-Ungarn möglichst nicht in die Rolle des Angreifers drängen lassen.

Freilich, die Hoffnung auf Frieden schwindet von Tag zu Tag mehr dahin und deshalb ist es gut, dem Ernst der Situation klar und fest ins Auge zu blicken. Selbst wenn Rußland noch im letzten Moment auf Serbien einwirken würde, bleibt es fraglich, ob es damit Erfolg haben und die Politiker in Belgrad bestimmen können wird, die Hand zu einem dauernden, ehrlichen Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn zu bieten. Es gibt sicher noch manche besonnenen Elemente in Serbien, die vom allgemeinen Kriegstaumel nicht erfaßt sind, aber ihr Einfluß ist nicht maßgebend: die große Masse des Volkes und die Armee will den Krieg und berauscht sich an einem Heldentum billiger Phrasen. Eingeweihte behaupten, daß die serbische Regierung nicht mehr Herr der Lage sei, weil sie bei einem Zurückweichen von ihren früheren Forderungen mit einer Revolution im Innern rechnen müsse und so gewissermaßen zwischen Scylla und Charybdis stände. Wie weit diese Befürchtung zutrifft, läßt sich schwer übersehen, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die aufgepeitschten Leidenschaften des serbischen Volkes so oder so zur Explosion drängen. Wie der Belgrader Korrespondent der „Voss. Zeitung" erfährt, hat der letzte serbische Ministerrat nach einer mehrstündigen bewegten Debatte sich darüber geeinigt, auf die bekannten Forderungen Serbiens zu verzichten und abzurüsten, wenn die Großmächte dies fordern würden, jedoch jede direkte Verständigung mit Oesterreich abzulehnen. Deshalb dürfte auch die bevorstehende serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum wieder ausweichend sein..... Ist diese Meldung richtig, so ist ein Ausweg schlechterdings nicht mehr zu sehen und die Katastrophe unabwendbar. Denn selbst wenn Oesterreich-Ungarn vorerst nur die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abbrechen sollte, ist der Krieg zwischen beiden Mächten doch nur eine Frage weniger Tage. Und das Ende? Qui vivra, verra.....

Neueste Drahtmeldungen vom 24. März.

Der Marine-Etat im Reichstage.

Berlin. (Von unserem eigenen Berichterstatter). **Eine denkwürdige Sitzung des deutschen Reichstages,** die im wohltuendsten Gegensatz steht zu dem Bilde, das in den letzten Tagen das englische Parlament bot, hat heute stattgefunden. Die Debatte des Unterhauses über das englische Flottenbudget hat in Deutschland die gebührende Beachtung gefunden, zumal sie zeitlich fast genau zusammenfiel mit den Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstages über den deutschen Marine-Etat. Aber während die Debatten des englischen Parlaments besonders in den ersten Tagen von einer geradezu panikartigen Stimmung beherrscht waren, nahmen die Beratungen der deutschen Budgetkommission den gewohnten, rein sachlichen und geschäftsmäßigen Verlauf. Dieser Gegensatz und noch mehr der Umstand, daß die von dem Staatssekretär v. Schoen namens des Reichskanzlers abgegebene Erklärung über die abwartende und lediglich nach den eigenen Bedürfnissen eingerichtete Haltung der deutschen Regierung in der Frage der Flottenrüstung die rückhaltlose Billigung aller Parteien, mit einziger Ausnahme der Sozialdemokratie, gefunden hatte, gaben gemeinsam den bedeutungsvollen Auftakt für die heutige Plenarsitzung. Bei Beginn der Sitzung ein schwach besetztes Haus. Am Bundesratstische hätte wohl die Anwesenheit des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes darauf hindeuten können, daß Größeres bevorstehe, dagegen aber sprach die Erwägung, daß die Regierung eine nicht nur tatsächlich völlig erschöpfende, sondern auch sämtliche bürgerliche Parteien befriedigende Erklärung abgegeben und im übrigen auf die Rede des Reichskanzlers vom 10. Dezember 1908 verwiesen hatte, in der Fürst Bülow von der Unmöglichkeit sprach, eine allgemein gültige Formel für eine internationale Einschränkung der Rüstungen zu finden. Irgendwie Neues konnte also in dieser Frage beim besten Willen nicht mehr gesagt werden. So war es das Würdigste und Glücklichste, was der deutsche Reichstag tun konnte, indem er sich in seiner überwältigenden Mehrheit dahin einigte, eine Debatte über das Maß der Flottenrüstung in Deutschland und England und die politischen Beziehungen der Mächte überhaupt nicht stattfinden zu lassen. Kaum war das monotone, nur wenige Minuten dauernde Referat des Berichterstatters Freiherrn v. Thünefeld vorüber, da erklärte Präsident Graf Stolberg, daß die eben eröffnete allgemeine Diskussion, die an das Gehalt des Staatssekretärs anzuknüpfen pflegt, geschlossen sei, da sich niemand zum Worte gemeldet habe. Sonst geht diese geschäftliche und zumeist im geschäftsmäßigen Tone gemachte Bemerkung spurlos vorüber. Heute gaben laute Bravorufe von der rechten Seite des Hauses dieser Bemerkung ein Relief von besonderer Eigenart. Jedermann im Hause hatte unmittelbar das Gefühl, daß der Präsident des deutschen Reichstages in diesen wenigen Worten eine entschlossene Willensmeinung des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht hatte, die Willensmeinung nämlich, ohne Rücksicht auf englische oder sonstige Auslandsstimmen an der einmal für notwendig erkannten, gesetzmäßig festgelegten Grundlage der deutschen Seerüstung festzuhalten. Was will es unter diesen Umständen besagen, daß namens der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Singer ankündigte, daß seine Partei die Abrüstungsfrage beim Etat des Reichskanzlers, der in der nächsten Woche im Plenum zur Beratung gelangen soll, in aller Ausführlichkeit behandeln werde? Was will es weiter besagen, daß ein anderer Genosse, der Gewerkschaftssekretär Severing, die Etatberatung durch unendliche Beschwerden über angebliche Schikanierung von Werftarbeitern hinzuhalten suchte? Diese Manöver können den erhebenden Eindruck nicht verwischen, den die heutige Sitzung hinterlassen hat. Jedermann wußte, worauf es ankam. Das deutsche Parlament hat das Flottenbudget in 1½ Stunden erledigt, während in England aus dem gleichen Anlaß eine Debatte stattgefunden hat, die durch Uebertreibungen, Entstellungen und Widersprüche den klaren Tatbestand zu verdunkeln suchte und erst nach mehrtägiger Dauer in das Fahrwasser ruhiger Ueberlegung und selbstbewußter Würde einlief. Der deutsche Reichstag hat diese selbstbewußte Würde in jedem Stadium der Verhandlungen über den Marine-Etat bewahrt und hat sich selbst und die Nation in der eindrucksvollsten Weise geehrt, indem er den gesamten Etat ohne jede weitere Debatte genehmigte. Der Verlauf der heutigen Sitzung war nur möglich, weil die bürgerlichen Parteien ausnahmslos überzeugt sein durften, mit der Haltung, die sie eingenommen haben, dem patriotischen Empfinden ihrer Wähler zu entsprechen. Der deutsche Reichstag hat dem Chef der Marineverwaltung, Admiral v. Tirpitz, und zugleich dem Deutschen Kaiser, der die deutsche Flotte ins Leben gerufen hat, ein Vertrauensvotum ausgestellt, wie noch keins dagewesen ist, aber er hat zugleich an alle, die es angeht, in nicht mißzuverstehender Weise die Erklärung gerichtet, daß das deutsche Volk einmütig entschlossen ist,

Trinkt Pfunds Milch!